



Medienmitteilung des Gemeindeparlaments

Aus dem Könizer Parlament

Wie steuert Köniz die zukünftige Entwicklung der Gemeindefinanzen nachhaltig? Mit dem vom Parlament geforderten Instrument einer Schuldenbremse oder mit einer Finanzstrategie des Gemeinderats? Das Parlament diskutiert an seiner Sitzung zudem über die Frage, ob das Wahlsystem bei Proporzwahlen verändert werden soll.

Eine Parlamentsmehrheit hat im April 2022 die Motion "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" angenommen. Nach dem Vorbild des Kantons will das verbindliche Instrument den Gemeindehaushalt vor strukturellen Ungleichgewichten bewahren und verhindern, dass die Schulden weiter ansteigen. Der Gemeinderat hat stattdessen seine Finanzstrategie überarbeitet und will die Gemeindefinanzen mit strategischen Kennzahlen vorausschauend überwachen und steuern. Er beantragt, die Motion abzuschreiben.

Für eine Mehrheit des Parlaments sind die Anliegen der Motion mit der neuen Finanzstrategie des Gemeinderats nicht umgesetzt. Diese stösst auf wenig Zustimmung. Auch die Abschreibung der Motion lehnt das Parlament mit 21 gegen 18 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Es stimmt jedoch der Planungserklärung der Grünen/Jungen Grünen zur Finanzstrategie einstimmig zu. Diese fordert quantifizierte Ziele und Interventionsgrenzen zum Investitionsvolumen.

Soll die Art und Weise, wie die Sitzverteilung bei Proporzwahlen berechnet wird, verändert werden? Zur Auswahl stehen zwei Wahlsysteme: das heute in Köniz geltende Verfahren nach Hagenbach-Bischoff oder das mit einer vom Parlament überwiesenen Motion geforderte Sainte-Laguë-Verfahren. Während Hagenbach-Bischoff ein zweistufiges Verteilverfahren vorsieht und tendenziell grössere Parteien und Wählergruppen bevorteilt, erfolgt die Sitzverteilung nach Sainte-Laguë in einem Schritt und ist bezüglich der Auswirkungen nach Parteigrösse neutral. Der Gemeinderat hat die Umsetzung des Motionsauftrags vertieft abgeklärt und legt dem Parlament nun einen Bericht mit einer umfassenden Auslageordnung der beiden Verfahren vor. Das Parlament nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auskunftspersonen

Arlette Münger, Parlamentspräsidentin

079 576 47 41

Verena Remund-von Känel, Leiterin Fachstelle Parlament

079 633 33 65